

## Klimawandel in Westafrika

Treiber von Flucht und Migration




(Erläuterungen zur gleichnamigen Karte)

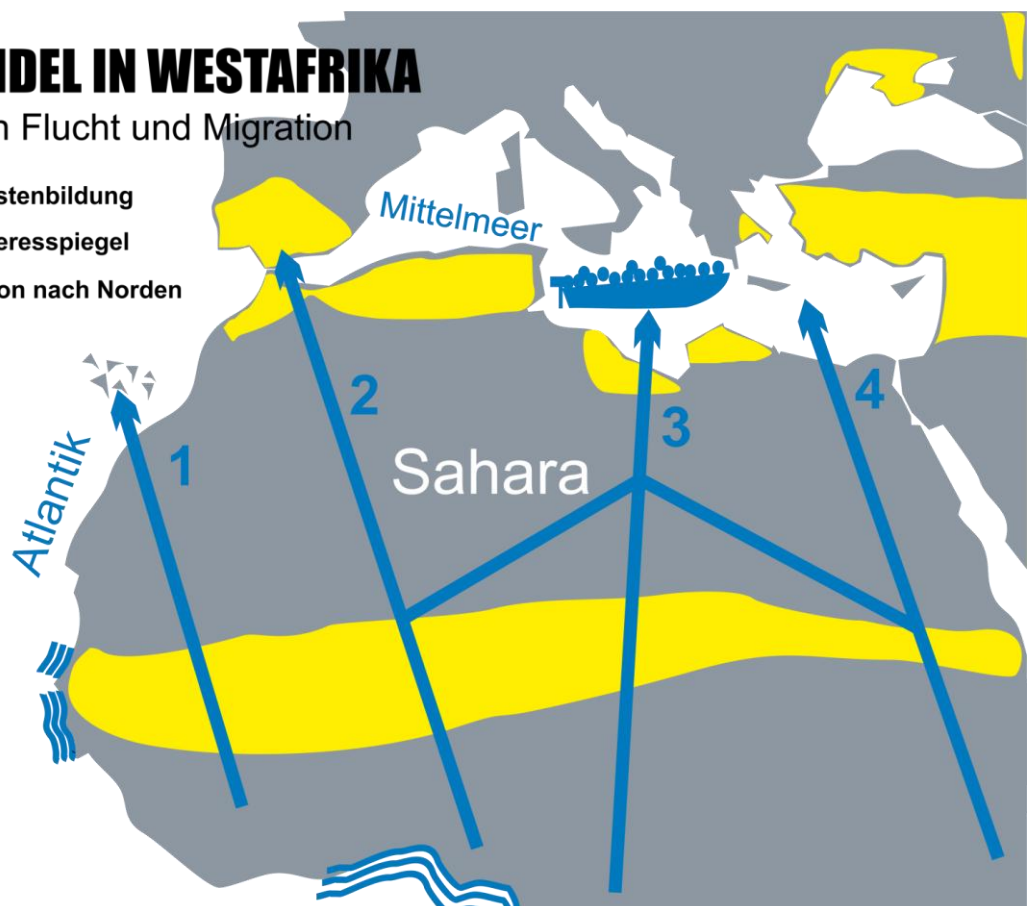
Vorab: Selbstredend handelt sich es bei vorliegender Karte um eine Vereinfachung. Das Veranschaulichen der Zusammenhänge zwischen zunehmender Umweltdegradierung und daraus resultierenden wachsenden Flucht- und Migrationsbewegungen ist der Hauptgrund für die Erstellung der Karte. In Afrika werden auch weitere Gebiete von einer zunehmenden Umweltdegradierung betroffen sein, die jedoch nicht Gegenstand der folgenden Erläuterungen sein werden. So stellt etwa das südliche Afrika in puncto Migration ein eigenes System mit der Republik Südafrika als Zentrum dar. Da jedoch die wenigsten afrikanischen Migrant\*innen, die gen EU migrieren, aus dem Süden des Kontinents stammen, ist die öffentliche Aufmerksamkeit hierzulande demensprechend kleiner. Sogenannte „Migrationspartnerschaften“, die Migrationsbewegungen gen EU kontrollierbarer machen sollen, werden mit Staaten, die auf der Karte abgebildet sind, abgeschlossen. Angela Merkels Afrikareise 2016 beispielsweise umfasste daher die Staaten Mali, Niger und Äthiopien.

1

### KLIMAWANDEL IN WESTAFRIKA

Treiber von Flucht und Migration

-  Gefahr der Wüstenbildung
-  Steigender Meeresspiegel
-  Flucht/ Migration nach Norden



Zwei verschiedene Folgen des (menschengemachten) Klimawandels werden auf dieser Karte skizziert:

### Gefahr der Wüstenbildung (Desertifikation)

Ein Blick auf die Karte zeigt: Der von Wüstenbildung bedrohte Streifen im Bereich des Sahelgebiets, also den Gebieten südlich der Sahara, sticht hervor. Zahlreiche Staaten werden davon mehr oder weniger betroffen sein - insbesondere Binnenstaaten wie etwa Mali, Niger oder Tschad. Die Staaten an der Südküste Westafrikas sind in den nördlichen Landesteilen ebenfalls von Degradierung der Böden betroffen.

Ebenfalls auf der Karte zu sehen ist, dass sich der von Wüstenbildung betroffene Streifen im Sahelgebiet vom Westen bis in den Äußerten Osten erstreckt. Also auch Staaten wie Sudan, Äthiopien oder Somalia sind je nach konkretem Landesteil davon betroffen.

Im Norden Afrikas ist die Wüstenbildung ebenso auf dem Vormarsch wie auch im Übrigen diesseits des Mittelmeers. In der EU wird vor allem die Iberische Halbinsel (Spanien und Portugal) noch mit großen Herausforderungen zu kämpfen haben – wie auch Teile Griechenlands. Letztere haben allerdings eher die Mittel, auf die zunehmende Degradierung der Umwelt zu reagieren – nicht zuletzt aufgrund einer zu erwartenden Solidarität reicherer EU-Staaten.

Die Türkei sei hier auch kurz erwähnt, wenn es um die Gefahr der Wüstenbildung geht.

### Steigender Meeresspiegel

Andererseits sind Küstenabschnitte in Westafrika zunehmend der Gefahr ausgesetzt, dauerhaft überschwemmt zu werden. Das Abschmelzen der Polkappen ist auch Folge des menschengemachten Klimawandels und wird in Westafrika den äußersten Westen betreffen mit der Millionenstadt Dakar (Senegal) im Zentrum sowie insbesondere Teile an der Südküste Westafrikas, wo vor allem die Gegend um Lagos (Nigeria) zu nennen ist, einem der bevölkerungsreichsten Ballungsräume in ganz Afrika. Allein der Großraum Lagos wird bis zur Jahrhundertmitte einigen Schätzungen zufolge über 30 Millionen Einwohner\*innen haben. Bei gleichbleibendem Trend könnte die Stadt bis ins Jahr 2100 mit ca. 90 Millionen Menschen sogar der größte urbane Ballungsraum weltweit werden.

### Folgen

Sowohl Wüstenbildung als auch ein steigender Meeresspiegel werden das Phänomen einer zunehmend unfreiwilligen Mobilität noch verstärken. Zwar sind Menschen in weiten Teilen Afrikas per se schon immer besonders mobil gewesen, was etwa die weite Verbreitung nomadischer Lebensformen zeigt. Werden nun aber beispielsweise Nomaden im Sahelgebiet dazu gezwungen, ihre Lebensweise in immer trockener werdenden Gebieten aufzugeben, um weiter südlich neue Perspektiven zu erschließen, sind Konflikte nicht selten vorprogrammiert: Oft treffen sie auf Gebiete, die von einer sesshaften Bevölkerung agrarisch genutzt werden. Verteilungskonflikte können eine Folge sein – sei es in puncto Zugang zu Boden (Ackerflächen versus Weideflächen für das Vieh der Nomaden), sei es in puncto Zugang zu Wasser. Wichtig ist, dass der Großteil von Wüstenbildung betroffenen Menschen nicht direkt gen Norden migriert, sondern in Richtung Süden, wobei Ballungszentren eine wichtige Rolle spielen. Letztere bieten mit einer zunehmenden Überlastung durch einen steigenden Migrationsdruck tendenziell immer weniger Perspektiven. Erst nun entscheiden sich einige Menschen dafür, in Richtung Norden aufzubrechen – gesetzt der Fall, dass man über die dazu erforderlichen Mittel verfügt. Migration in Richtung Norden heißt hierbei übrigens

nicht automatisch in Richtung EU – entgegen einer verbreiteten Meinung(smache) in unseren Breitengraden. Insbesondere vor dem sogenannten „Arabischen Frühling“ waren Länder wie Libyen Ziel der Nordmigration. Dass dieses Land nun nur noch „Durchgangsstation“ auf dem Weg in die EU ist, hat auch mit der von Frankreich initiierten Militärintervention 2011 zu tun, der weitere Verbündete (NATO- u. arabische-islamische Staaten) folgten. Sie hinterließ ein Machtvakuum und



sorgte gleich zweifach dafür, dass heute die zentrale Mittelmeerroute so relevant ist: Zum einen fielen die Beschäftigungsmöglichkeiten von Migrant\*innen aus Subsahara-Afrika etwa in der libyschen Landwirtschaft oder im Bausektor weitestgehend weg. Zum anderen gibt es (zurzeit) keinen autoritären Herrscher mehr vor Ort, der mit EU-Unterstützung in der Lage wäre, Migration über das Mittelmeer effizient zu unterbinden. Letzteres garantierte der gestürzte Herrscher Libyens Muammar al-Gaddafi recht zuverlässig und sein auf einem EU-Afrika-Gipfel

2010 geäußertes Satz „Fünf Milliarden oder Europa wird schwarz...“ spricht Bände. (\*Text zu Bild: Letzte Seite)

Wenn wir beim sogenannten „Arabischen Frühling“ sind: Nicht nur die unmittelbar betroffenen nordafrikanischen Staaten wurden destabilisiert. Auch Länder südlich der Sahara sind bis heute betroffen. So gelangten etwa mit Gaddafis Sturz ehemalige (Tuareg)Söldner – nun arbeitslos – mitsamt Waffen aus Libyen vor allem nach Mali, wo zwar der Versuch einer gewaltsamen Abspaltung des Nordteils des Landes und die Ausrufung Azawads als Tuaregstaat scheiterte – auch aufgrund einer erneuten von Frankreich initiierten Militärintervention 2013 inklusive Verbündeter – darunter bis heute auch die Bundesrepublik Deutschland. Doch leistete diese Entwicklung am Ende der Entstehung fundamental-islamistischer Gruppierungen südlich der Sahara erheblichen Vorschub. Wichtig ist auch zu erwähnen, dass diese Gruppierungen über nationale Grenzen hinweg vernetzt sind. Bemerkenswert: Diese Gruppierungen sind entlang des Sahelstreifens nicht nur in Mali auf dem Vormarsch: Was in Mali Al Qaida im Maghreb ist, ist im Norden Nigerias Boko Haram sowie in Somalia Al Shabaab. Diese Gebiete eint neben der vorwiegenden Verbreitung des Islams, der dort in der Regel auf eine viel längere Geschichte zurückblickt als das vor allem im 19. Jahrhundert durch die Kolonialmächte importierte Christentum, auch und gerade der Umstand, dass sie alle mit einer erheblichen, klimatisch bedingten Umweltdegradierung zu kämpfen haben. Zunehmende Perspektivlosigkeit ist sicherlich eine Grundlage für den Rekrutierungserfolg fundamentalistischer Gruppierungen.

Zurzeit weit weniger beachtet ist die Entwicklung, die mit einem steigenden Meeresspiegel einhergehen wird. Im Rahmen dieses Beitrags wird auch nur kurz darauf eingegangen: Demografisch handelt es sich seit der Kolonialzeit bei den Küstengebieten um die tendenziell bevölkerungsreichsten Gebiete Westafrikas, nachdem dort neue Wirtschaftszentren durch die jeweiligen Kolonialmächte in Küstennähe zwecks Abtransport der agrarischen Produkte und Bodenschätze etabliert worden waren. Zwar gab es auch zuvor urban geprägte Gebiete in Küstennähe. Dennoch fanden sich viele der zum Teil über ein Jahrtausend alten Handelszentren am Südrand der Sahara, Relikt aus einer Zeit, als der Transsahara-Handel das dominierende

Handelssystem in dieser Region Afrikas gewesen war. Heute aber ziehen unter anderem aus ebendiesen von Wüstenbildung betroffenen Gegenden Menschen verstärkt in die Ballungszentren der Küste. Wenn dort nun Raum aufgrund steigender Meeresspiegel knapper wird, könnte im Verteilungskampf eine neue Dimension erreicht werden. Hier nicht zu unterschätzen: Die aus den inneren Landesteilen stammende Bevölkerung ist überwiegend muslimisch, während in den Küstengegenden das Christentum die dominierende Religion ist. Das Nutzen von Religion als einem möglichen Ausgrenzungsmechanismus im Kampf um knapper werdende Ressourcen wird zunehmend wahrscheinlich.

### Migrations- und Fluchtrouten

Vereinfacht kann man von vier Hauptpfaden sprechen, wenn es um Migrationsbewegungen aus Afrika in Richtung EU geht. Die Route über die Kanaren (1) ist zurzeit kaum relevant, nicht zuletzt aufgrund von Abkommen zwischen Staaten in der Region, durch die ein Migrationsversuch Richtung EU-Gebiet zum Teil bereits auf afrikanischem Boden vereitelt werden kann. So dürfen etwa spanische Sicherheitskräfte bereits auf mauretanischem Boden „Verdächtige“ kontrollieren. Die westliche Mittelmeerroute (2) war lange sehr wichtig. An der engsten Stelle trennen hier nur 14 Kilometer den afrikanischen vom europäischen Kontinent. Die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla befinden sich sogar auf dem afrikanischen Kontinent – auf der Landseite umgeben von Marokko. Diese Route ist zurzeit gut gesichert und kaum von Bedeutung. Die zentrale Mittelmeerroute (3) ist zurzeit die wichtigste und führt von Libyen in Richtung Italien. Wie weiter oben erwähnt hängt dies nicht unwesentlich mit dem Machtvakuum zusammen, das die von Frankreich initiierte Militärintervention und der Sturz Gaddafis hinterließ. Die Balkanroute (4) machte das Thema Flucht nach Europa spätestens 2015 zu einem Dauerthema auch in unseren Breitengraden. Nachdem diese Route geschlossen worden ist, spielt auch sie zurzeit eine eher untergeordnete Rolle. Wichtig bei dieser Route: Sie ist nicht nur für die Migration aus Afrika relevant, sondern auch für die Migration aus dem Nahen Osten sowie Asien generell. Daher kommt der Türkei auch eine zentrale Rolle zu, wenn es darum geht, Migrationsbewegungen Richtung EU gering zu halten.

### Klimabedingte Migration: Kein anerkannter Fluchtgrund

Die wenigsten Menschen migrieren aufgrund von zunehmender Umweltdegradierung – wie kurz behandelt – also direkt in Richtung EU (oder in andere OECD-Staaten). Wenn doch, dass greift bei ihnen ebenso wenig wie bei Menschen, die aus ökonomischen Beweggründen migrieren, die Genfer Flüchtlingskonvention. Letztere gewährt Asyl, wenn Menschen etwa politisch oder religiös verfolgt werden. Oftmals als „Klimaflüchtlinge“ bezeichnete Menschen haben also ebenso wenig eine Bleibeperspektive wie die despektierlich als „Wirtschaftsflüchtlinge“ bezeichnete Gruppe. Klar müssen politische Verantwortliche weltweit kategorisieren, wenn es darum geht, Zuwanderung inklusive Flucht zu steuern. Dennoch muss man sich stets vergegenwärtigen, dass solche Kategorien per se idealtypisch sind und die Realität wie so oft komplexer ist. Klimabedingte Umweltdegradierung ist nicht automatisch der Auslöser einer Migrationsentscheidung. Die zentrale Frage ist die: Verfüge ich über die Mittel und damit über die Anpassungsfähigkeit, sodass mir die sich ändernde Umwelt nicht schadet? Wie weiter oben erwähnt ist auch zum Beispiel Spanien von Wüstenbildung betroffen. Dennoch stammen viele unserer täglich konsumierten Produkte aus der Landwirtschaft von dort. Bestehen Bewässerungsmöglichkeiten, kann die höhere Temperatur am Ende sogar Vorteile bringen. Auch in Deutschland, das nicht von Wüstenbildung betroffen ist, experimentieren Winzer mit Rebsorten, deren Anbau vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen

wäre. Es gibt also auch klar Nutznießer der aktuellen klimatischen Veränderungen. Wo die Fähigkeit zur Anpassung nicht vorhanden ist, werden Ressourcen knapper. Gepaart mit einem Bevölkerungswachstum, das beispielsweise in Westafrika weltweit zu den höchsten gehört, werden sich Verteilungskämpfe intensivieren. Nicht der ökologische Aspekt ist hier also zentral, sondern der ökonomische. Aktivieren ökonomische Erwägungen schließlich am Ende ethnisch oder religiös motivierte Ausgrenzungsmechanismen, die zu gewaltsamen Konflikten führen, dann ist am Schluss doch ganz offiziell ein Grund laut Genfer Konvention der tatsächliche Beweggrund für eine Flucht in Richtung EU. Daher ist es sehr kurzfristig gedacht, darauf zu verweisen, dass Menschen, die aus ökologischen und ökonomischen Gründen ihre Heimat verlassen, keine Bleibperspektive bei uns haben.

### Was können wir tun? Was müssen wir tun?

Historisch gesehen trägt der gesamte afrikanische Kontinent bisher die geringste Verantwortung, wenn es um den menschengemachten Klimawandel geht. Die in der Kolonialzeit eingeleitete Industrialisierung durch die christlich-abendländisch dominierte Welt dies- und jenseits des Atlantiks schuf auf der Grundlage von Rohstoffen, die vielfach aus Afrika stamm(t)en, eine nie dagewesene Wertschöpfung, die für unseren Wohlstand bis heute erheblich mitverantwortlich ist. Diese emissionsreiche Wirtschaftsweise ist aber andererseits für den zunehmenden Klimawandel verantwortlich. Die Folgen haben ausgerechnet diejenigen zu tragen, die am wenigsten von der Industrialisierung profitieren.

Nicht nur aus dieser historischen Verantwortung heraus, sondern am Ende auch aus Eigeninteresse sollten wir uns dafür einsetzen, dass die Anpassungsfähigkeit an klimatische Veränderungen auch in Afrika größer wird. Denn so sehr wir zwar durch nachhaltigere, weniger emissionsreiche Formen des Wirtschaftens sowie des individuellen Konsums hierzulande gegen weitere Umweltdegradierungen aktiv werden können und müssen, so wenig wird davon auszugehen sein, dass das alleine reicht, um die oben erwähnten negativen Trends zu stoppen. Eine gesteigerte Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel vor Ort setzt eine zunehmend eigenständige Inwertsetzung der eigenen Ressourcen voraus, die unabhängig von externen Gönnern zunehmend die Mittel generieren könnte, um langfristig und eigenständig zu handeln. Eine solche Entwicklung wäre ideal, wenn dabei nicht die Fehler wiederholt werden würden, die im Rahmen der emissionsreichen Industrialisierung des sogenannten Westens und anderer Staaten weltweit gemacht worden sind bzw. gemacht werden. Gerade für Afrika, das global gesehen das industrielle Schlusslicht darstellt, könnte das eine Chance sein: Überproportional mit dem gesegnet, was für nachhaltigere Wirtschaftsformen nötig ist – Stichwort Sonnenenergie und zum Teil auch Wasserkraft – könnten „dreckige Entwicklungsstufen“, die als überholt angesehen werden müssen, auf dem Weg einer zunehmenden Industrialisierung übersprungen werden. Das ist bei uns, wo etablierte und einflussreiche Lobbyist\*innen überholte Wirtschafts- und Energiemodelle künstlich am Leben halten, schon deutlich schwerer. Wenn wir wirklich Fluchtursachen bekämpfen wollen – wie es ja fast schon gebetsmühlenartig von vielen politischen Entscheidungsträger\*innen heißt – dann führt hieran kein Weg vorbei. Wir besitzen schon die nötigen Technologien, um anderswo das Entstehen von Perspektiven schaffenden Ökonomien, die nachhaltig sind, zu unterstützen. Langfristig würde so auch effektiv dem Migrationsdruck vor Ort begegnet werden können. Die Frage ist: Wollen wir das? Wachsende Ökonomien in Afrika bedeuten auch wachsende Konkurrenz. Klar: Ganz ohne Teilen und Abgeben

von Macht wird das nicht gehen. Aber Kosmetik kann auch nicht die Antwort sein: Grenzsicherungspolitik überdeckt „Probleme“, löst sie aber nicht. Ein halbherziges Handeln heute bedeutet nicht nur Gleichgültigkeit gegenüber den Menschen jenseits unserer Grenzen, sondern auch gegenüber den nächsten Generationen hierzulande.

(Serge Palasie, April 2018)

\*Nomade aus dem Norden Malis in der über 1000 Kilometer entfernten Hauptstadt Bamako. Das Bild entstand 2010. Neben einem erhöhten Migrationsdruck aufgrund einer sich ausbreitenden Wüste, der damals schon bestand, kommt seit der im Beitrag erwähnten Destabilisierung Malis nun noch eine prekäre Sicherheitslage im Nordteil des Landes dazu, die Menschen zunehmend dazu zwingt, ihre Heimat zu verlassen.

Zum Thema Klimagerechtigkeit am Beispiel Westafrikas siehe auch „Kamele in der Hauptstadt“ unter [www.eine-welt-netz-nrw.de](http://www.eine-welt-netz-nrw.de) | Themen | Flucht/ Migration | Publikationen



Mehr zu Themen mit einem Bezug zu globaler (Un)Gerechtigkeit auch unter [www.eine-welt-netz-nrw.de](http://www.eine-welt-netz-nrw.de)

Kontakt: [serge.palasio@eine-welt-netz-nrw.de](mailto:serge.palasio@eine-welt-netz-nrw.de)